

A N F R A G E von Peter Reinhard (EVP, Kloten), Stefan Dollenmeier (EDU, Rüti) und Hans Fahrni (EVP, Winterthur)

betreffend Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Hunden

Der tödliche Überfall von drei Kampfhunden auf ein Kleinkind am 1. Dezember 2005 hat die Bevölkerung schockiert und die Eltern von kleinen Kindern sehr verunsichert. Einmal mehr hat es sich gezeigt, dass Hunde von Natur aus Raubtiere sind. Das ist offensichtlich einer Minderheit der Hundehalter nicht genügend bewusst. Bereits vor rund fünf Jahren haben die Fragesteller mit parlamentarischen Vorstössen und koordiniert mit einem Vorstoss im Nationalrat (Studer, EVP AG) darauf hingewiesen, dass die Gefährdung der Bevölkerung durch gewisse Hunderassen durch geeignete Massnahmen dringend gemindert werden muss. Damals hat die Regierung die Forderung nach einem Leinenobligatorium beziehungsweise einer Maulkorbtragepflicht abgelehnt und darauf hingewiesen, dass das Fachwissen der Hundehalter erhöht werden soll. Dafür wurden Massnahmen in Aussicht gestellt.

Geschehen ist nichts. Nach dem schrecklichen Vorfall vom 1. Dezember 2005 muss nunmehr dringend gehandelt werden. Offensichtlich sind die Gemeinden, die mit dem Vollzug des Hundegesetzes betraut sind, durch diese Aufgabe überfordert. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie die Regierung nun die damaligen Forderungen der Fragesteller heute beurteilt und was sie zu tun gedenkt.

Wir fragen den Regierungsrat deshalb an:

1. Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass die Gemeinden mit dem Vollzug des Hundegesetzes überfordert sind?
2. Wenn ja, ist der Regierungsrat bereit, den Kanton vermehrt in die Verantwortung einzubinden?
3. Ist der Regierungsrat bereit, die Maulkorbtragepflicht für bissige Hunde (§ 10 Abs. 2 Hundegesetz) und das bereits weit gehend bestehende Leinenobligatorium (§ 10 Abs. 1 Hundegesetz) durchzusetzen?
4. Ist der Regierungsrat bereit, ein Verbot für gewisse gefährliche Hunderassen im Rahmen seiner Möglichkeiten einzuführen?
5. Ist der Regierungsrat bereit, eine Eignungsprüfung für Hundebesitzer von gefährlichen Rassen obligatorisch zu erklären und einzuführen?
6. Ist der Regierungsrat bereit, sich auch bei den Bundesstellen für eine einheitliche gesamtschweizerische Lösung einzusetzen?
7. Wie sieht der zeitliche Ablauf für die Umsetzung griffiger Massnahmen aus, nachdem die Regierung durch die Fragesteller schon vor mehreren Jahren auf die Problematik aufmerksam gemacht wurde und die Regierung Handeln in Aussicht gestellt hat?

8. Was gedenkt der Regierungsrat zu tun, um das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und insbesondere jenes der Eltern kleiner Kinder angesichts zahlreicher frei laufender und mangelhaft beaufsichtigter Hunde nachhaltig zu verbessern?

Peter Reinhard
Stefan Dollenmeier
Hans Fahrni